

**Vom Volksaufstand zur Deutschen Einheit**  
**Ansprache am 16.9.2023 in Heinersgrün**  
**von Frank Kupfer, Staatsminister a.D.**

Der Volksaufstand vom 17. Juni vor 70 Jahren war die Grundlage für die Friedliche Revolution von 1989. Ich habe diesen Tag nicht selbst erlebt, aber das System kennen gelernt. Ich habe eine Diktatur erlebt, die sich „Sozialistische Demokratie“ nannte. Aus diesem Erleben bin ich ein Streiter für Demokratie und Freiheit, insbesondere für die Meinungsfreiheit.

Der brutale „Aufbau des Sozialismus“, repressive Maßnahmen, die Ignoranz für die Bedürfnisse der Menschen und im Gipfel eine Anhebung der Arbeitsnormen führten dazu, dass viele Betriebe 1953 bestreikt wurden und sich daraus Protestzüge durch die Städte bildeten.

Es war die selbstverliebte Politik der kommunistischen Elite, die für sich in Anspruch nahm, die Wahrheit für sich gepachtet zu haben. Der Machtanspruch der SED wurde sogar wissenschaftlich begründet.

Auf jeden Fall handelten sie gegen die Interessen des Volkes. Die heute zugänglichen Unterlagen zeichnen verlässlich das Bild eines Volksaufstandes in der gesamten DDR. Neben Ost-Berlin wirkten fast eine Million Menschen in fast allen Städten der DDR mit. Darunter auch hier in Plauen.

Die sowjetische Besatzungsmacht beendete den Aufstand gewaltsam durch Truppen der Sowjetarmee unter Beteiligung von Polizeikräften des DDR-Regimes. Die Niederschlagung war „einer der größten Militäreinsätze in der europäischen Nachkriegsgeschichte“.

Gegen 13 Uhr an diesem 17. Juni wurde durch den sowjetischen Militärkommandanten in Ost-Berlin und dann in 167 der 217 Kreise der Ausnahmezustand verkündet. Dieser wurde erst am 11. Juli 1953 aufgehoben. Mit dieser Ausrufung des Kriegsrechts übernahm die Sowjetunion offiziell wieder die Regierungsgewalt über die DDR.

Die sowjetischen Truppen setzten vom 17. bis zum 22. Juni 1953 Standgerichte ein, von denen 19 Aufständische zum Tode verurteilt und erschossen wurden.

In der Folge wurden mehr als 15.000 Bürger inhaftiert und Tausende von unschuldigen DDR-Bürgern zum Teil zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Als Reaktion auf den Aufstand erfolgte zudem der massive Aufbau der DDR-Staatssicherheit und Kampfgruppen wurden in den größeren Betrieben und Verwaltungen gebildet. So sollten von vornherein jegliche Streikphantasien im Keim erstickt werden.

Das Ministerium für Staatssicherheit notierte später, dass „der faschistische Putschversuch“ am 17. Juni 1953 niedergeschlagen wurde. Das Propagandabild des „faschistischen Putsches“ wurde über Jahrzehnte betont und die Linken halten noch immer daran fest.

Für lange Zeit war die Macht der Kommunisten gesichert. Wir lebten in einem System, das aus Angst und Lügen aufgebaut war. Der Freiheitswille wurde systematisch unterdrückt.

„Sozialistische Demokratie“ wurde das von den Funktionären der SED genannt. Und es sollte eine Mehrparteiendemokratie sein. Die Menschen sollten zu sozialistischen Persönlichkeiten erzogen werden. Der Staat hat sich für alles verantwortlich gemacht, von der Geburt an bis zum Tode.

Fast nirgendwo war man ohne staatliche Kontrolle oder staatlichen Einfluss. Selbst unter vermeintlich Gleichgesinnten waren die Ohren der Stasi.

Vieles ist erst bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts zu Tage gekommen. Erschreckend war meist die Erkenntnis, wie nah die Überwachung am Menschen war.

Gewusst haben wir, dass es die Spitzel gab und dass auch der Nachbartisch in der Kneipe nicht sauber war. Dass viele aber schon am Tisch saßen und bei manch einem sogar auf dem Schoß, dass kam erst hinterher heraus. Es führte zu Entfreundungen bis hin zu Ehescheidungen.

1989 gab es 189.000 Inoffizielle Mitarbeiter. Im Schnitt war von 90 Personen eine bei der Stasi.

Wir haben in einem Land gelebt, in der die Farbe „Grau“ dominierte. Die Straßen und Häuser waren grau vom Schmutz und der fehlenden Farbe an den Fassaden. Die Umwelt war grau vom Dreck aus den Schornsteinen der maroden Fabriken. Denken Sie an die Flüsse! Sie waren tot von den giftigen Abwässern der Industrie. Geheizt wurde mit Braunkohle, bei der manchmal der Eindruck entstand, dass ein Großteil des Briketts gepresster Dreck war. Es fehlte einem manchmal förmlich die Luft zum Atmen.

Umweltschutz wurde immer niedriger bewertet als die Produktion. Allein die Frage nach Abluftfiltern in großen Industriebetrieben, zum Beispiel im Zementwerk, wurden schon als Sabotage angesehen. Es wurde ansonsten von der Substanz gelebt. Die Altbauten in den Innenstädten verfielen zusehends. „Ruinen schaffen ohne Waffen“ war so ein geflügeltes Wort zu dieser Zeit. Privateigentümer konnten auf Grund der sehr niedrigen Mieten nicht investieren. Und selbst wer dies wollte, scheiterte am Mangel an Material.

Der fehlende Umweltschutz hat viele besorgte Menschen unter dem Dach der Kirche vereint. Wir wissen, dass dies einen erheblichen Anteil am Gelingen der Friedlichen Revolution hatte. 1989 war der Ruf, bei vielen der Schrei, nach Freiheit so groß, dass wieder hunderttausende Menschen auf die Straße gingen und dies offen kund taten. Es endete in der Friedlichen Revolution und ein reichliches halbes Jahr später in der Wirtschafts- und Währungsunion und nach knapp 11 Monaten in der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, die Einheit Deutschlands nach über 40 Jahren der Teilung. Alles ging so rasend schnell in diesen Monaten.

Die Menschen sind auf die Straße gegangen für eine bessere Umwelt, für mehr Freiheit und für freie, gleiche, unmittelbare und geheime Wahlen. Aus dem „Wir sind das Volk“ wurde sehr schnell „Wir sind ein Volk“.

Viel hat sich bewegt vor den spannenden Tagen des Herbst 1989. Es brodelte schon lange unter der Decke. Ich erinnere mich an den Brief der katholischen Bischöfe an ihre Priester und Diakone vom 8. September 1986. Geradezu schonungslos wurde die Situation im Lande beschrieben und geradezu revolutionär lasen sich die Schlüsse daraus. Es gab eine kritische Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus. Sowas gab es sonst nirgendwo.

Solche Literatur gab es übrigens nicht aus dem Internet. So weit war das damals noch nicht. Solche Schriften wurden heimlich weitergegeben und durch Abschreiben mit der Hand und Kohlepapier für zwei oder drei Durchschläge vervielfältigt. Meine Abschrift hatte 20 Seiten.

Im Mai 1989 fanden die letzten Kommunalwahlen statt. Im Vorfeld wurde in kleinen Kreisen besprochen, was gegen den offensichtlichen Wahlbetrug getan werden kann. Das Aufsuchen der Wahlkabine, die zum demokratischen Anschein in jedem Wahllokal stand, war ein solches

Zeichen. Wie produziert man eine Gegenstimme, ohne den Wahlzettel ungültig zu machen? Den ganzen Zettel zu durchkreuzen, wurde als ungültige Stimme gewertet. Jeder einzelne Name, der auf der von der Nationalen Front aufgestellten Liste stand, musste einzeln durchgestrichen werden. Aber auch da drohte es, dass viele nicht gewertet wurden. Deshalb gab es in vielen Wahllokalen Beobachter, die bei der Auszählung mitgeschrieben haben.

Der Sommer 1989 war spannend. Die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Warschau, Prag und Budapest wurden von Ausreisewilligen genutzt, um das Land zu verlassen. Das hat letztlich dazu geführt, dass die Grenzen nach Polen und in die CSSR geschlossen wurden. Wir waren endgültig eingesperrt. Nach Polen zu reisen war in den 80er Jahren ohnehin schon schwer geworden. „Solidarnosz“ hatte Reformen verlangt und Jaruselski hat die Grenzen dicht gemacht.

Es ist mir wichtig, heute nochmal deutlich daran zu erinnern, dass die Grenzen nicht den Feind von außen abhalten sollte, sondern dass sich die Mienenfelder und Selbstschussanlagen ausschließlich gegen die eigene Bevölkerung gerichtet haben. Diese sollte daran gehindert werden, das Land zu verlassen. Die 327 Toten legen davon Zeugnis ab. Die Grenzöffnung in Ungarn nach Österreich und der Fall der Berliner Mauer waren die großen Ereignisse, die in die Geschichte eingegangen sind. Die Ereignisse in diesen Tagen und Wochen haben sich überschlagen. Es war ein zaghafter Versuch, den Allmachtsanspruch der SED aufzuweichen, zu diesem Zeitpunkt war das wahnsinnig mutig.

Honecker wurde dann von Krenz abgelöst, der den Begriff „Wende“ prägte.

Wandlitz zeigte den Menschen, dass doch nicht alle gleich waren im Arbeiter- und Bauernstaat. Viele wollten das Land reformieren. Die Mehrheit wollte etwas anderes.

Helmut Kohl hat vor der Ruine der Dresdner Frauenkirche gesprochen. Wie er später einmal sagte, hat er an diesem Abend gespürt, dass die Einheit nicht aufzuhalten ist, dass die Menschen sie wollen. Dass der Weg dorthin schwer werden würde, war ihm klar. Aber er hat es geschafft. Helmut Kohl ist und bleibt der Kanzler der Einheit!

Wir wollten die Freiheit, haben dafür gekämpft. Gemeint war nicht nur die Reisefreiheit. Wir wollten die Freiheit des Denkens und des Sagens. Wir wollten unsere Meinung offen sagen können, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Wir hatten es satt, „erzogen“ zu werden, mit jedem Diskussionsbeitrag, jedem Referat, jeder Sendung im Fernsehen, insbesondere der „aktuellen Kamera“. Ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung war das Ziel.

Diese spannenden Ereignisse liegen über 30 Jahre zurück. Und heute? Vieles wird verklärt. „Es war nicht alles schlecht“, ist noch harmlos. Übrigens bestreitet dies niemand. „In zehn Jahren spricht niemand mehr von der SED“, haben wir damals überzeugt gesagt. Nach der X-ten Umbenennung scheint das ja zu stimmen. Nur ist die Ideologie dieselbe. Wir müssen aufpassen, sehr aufpassen. Deswegen bin ich dankbar für eine solche Veranstaltung.

Wir dürfen die Freiheit nicht aus den Augen verlieren. Diese Mahnung richte ich nicht nur an Sie hier. Ich appelliere an die Politiker, an Gewerkschaften, Interessenvertreter und besonders an Journalisten und die Medien im Allgemeinen.

Viele Menschen haben schon wieder die Wahrnehmung, dass sie erzogen werden sollen. Sei es in der Klimapolitik, beim Flüchtlingsthema, beim Autofahren oder beim Heizen.

Wir in Sachsen sind da besonders empfindlich. Argumente werden nicht mehr gehört, Überzeugungen zählen. Und wieder soll es nur eine, alle glücklich machende Wahrheit geben, wissenschaftlich begründet.

Es sollte in Deutschland wieder Politik für eine breite Mehrheit der Menschen gemacht werden, ohne Ideologie und Fokussierung ausschließlich auf Minderheiten.

Freiheit nach heutiger Definition wird in der Regel als die Möglichkeit verstanden, ohne Zwang zwischen unterschiedlichen Möglichkeiten auswählen und entscheiden zu können.

Die sozialistische Definition war: Freiheit ist die Einsicht in die Notwendigkeit.

Kommen wir da wieder hin?

Nicht wenige Menschen sagen mir, sie trauen sich heute nicht mehr, ihre Meinung zu sagen, fürchten Nachteile im Job oder gesellschaftliche Ächtung. Das insbesondere, wenn die Meinung nicht der publizierten und damit angeblichen Mehrheitsmeinung entspricht.

Die Freiheit ist ein hohes Gut. Wir in Ostdeutschland haben uns die Freiheit erkämpft.

Wir sollten daran festhalten und den Wert der Freiheit niemals aus den Augen verlieren.

(Es gilt das gesprochene Wort).